

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, zum bevorstehenden SPD-Parteitag: Appelle dürfen nicht an der Oberfläche stecken bleiben.
Seite 1

Gerhard Schmid MdEP empfiehlt, daß die Bundesrepublik ihre Erfahrungen aus der Ostpolitik zu Befriedung des Nahost-Konflikts einbringt: Alle wichtigen Kräfte einbeziehen.
Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB hält ein weiteres Anwachsen des Individualverkehrs für nicht vertretbar: Die Vorteile des ÖPNV endlich stärker nutzen.
Seite 5

Dokumentation
Mai-Aufruf der SPD.
Seite 7

37. Jahrgang / 71

15. April 1982

Vor einem schwierigen Parteitag

Appelle dürfen nicht an der Oberfläche stecken bleiben
Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Es wird Zeit, daß der Parteitag der SPD in München herandrückt. Die fast täglich verbreiteten Appelle an die SPD, auch bei früheren Parteitagen nicht ganz unüblich, haben inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, daß die Bedürfnisse mehr als befriedigt sind. Man hat alle Mühe, den an uns gerichteten wortreichen Aufrufen nachzukommen. So sollen wir einig sein, andere sagen: und geschlossen dazu. Andererseits aber wird hinzugefügt, eine diskussionsfreudige, die Auseinandersetzung pflegende Partei würde das Ansehen gewinnen. Nur hat bei den letzten Wahlen diese These nicht gerade Auftrieb erhalten.

Außerdem fragt man sich sofort, Auseinandersetzung mit wem? Zwar gibt es dafür Rezepte, wenn auch unterschiedlicher Art. Der Mitte, so teilt der eine mit, darf man sich nicht ohne weiteres anvertrauen. Wem allerdings diese Mitte beinahe kampflos überlassen werden soll, bleibt bei dieser Art von Appellen verborgen. Aber es gibt auch einen anderen Rat: Danach soll all das, was "linke Mitte" genannt wird, nicht vernachlässigt werden.

Und so gibt es einen appellativen Hinweis nach dem anderen. Zum Beispiel, was die Grünen betrifft. Das muß man



aufmerksam lesen. Zum einen wird klar gemacht: Hinter ihnen laufen wir nicht her. Aber es wird auch erklärt, daß man das "Grün" nicht ganz aus dem Auge verlieren dürfe, zumal es in dieser Beziehung interessante kommunale Bündnisse geben könne.

Andere meinen sogar, ohne "Grüne" gehe es überhaupt nicht und sehe die Sache düster aus. Schließlich werden die Delegierten ermahnt, sich nicht verwirren zu lassen. So finden sie die Bonner Empfehlung im Gepäck, klar "sozialdemokratisches Profil" zu zeigen.

In den letzten Tagen vor München noch von manchen dieser Hinweise verschont zu bleiben, wäre ein Gewinn. Was tatsächlich von Parteitagern erwartet wird, liest sich weniger literarisch als die zitierten Verhaltensregeln. Parteitage müssen die Politik klar machen - und zwar konkret für die 80er Jahre. Das ist ein Jahrzehnt, in dem sich der viel zitierte Strukturwandel in der Wirtschaft, die viel kommentierten und begutachteten konjunkturellen Verläufe und vor allem die Außen- und Verteidigungspolitik als viel komplizierter und schwieriger erweisen, als bisher angenommen worden ist. Resignation hilft dabei überhaupt nicht weiter. Wer sich diesem Gefühl hingibt, räumt den Platz für andere. Das gilt in jedem Falle, und die Schwarzen sinnen auf ihre Stunde.

Auch Selbstbeschwörungen werden nicht zur "politischen Erneuerung" führen. Wie sich die politische Stärke und die Position der Sozialdemokraten entwickeln, hängt vom Beitrag der von ihnen beeinflussten und gestalteten Politik ab: Was konkret für die Abrüstung getan werden kann, wie Arbeit und Beschäftigung auch mit den Mitteln des Staates und durch die Politik der Partei zu beeinflussen sind und wie sich eine Partei in der Gesellschaft des Wandels behauptet, wie sie sich als Volkspartei im Volk verankert und den bürokratischen Versuchungen ebenso widersteht wie hierarchischer Manipulation, das wird Politik bewegen.

Wie die politischen Eckwerte der 80er Jahre aussehen, wie in der Koalition zwar Loyalität und Verlässlichkeit, aber vor allem auch sozialdemokratische Erkenntnis und Grundüberzeugungen sichtbar werden, wie Entscheidungen beschaffen sind, wie sie umgesetzt werden und wie sie mit den Erfahrungen und Empfindungen der Menschen im Einklang stehen - das ist sicherlich wichtiger als manch aufgeregter Appell und manche langatmige, die Analyse quälende Resolution.

So wie die Dinge liegen, wird in München sicher auch die personelle Seite der Bonner Politik zur Sprache kommen. Man kann nicht im Bonner Rheintal die Personalien hochkochen und meinen, in München könnte den Delegierten Diät serviert werden. Nur bleiben wir dabei: Die politischen Entscheidungen der 80er Jahre können nicht allein auf Personalien reduziert werden. Allein von Vor- und Rücktritten lebt auch eine Partei nicht in der Politik. Die Delegierten fahren nach Hause und müssen berichten, was unsere Politik ist.

(-/15.4.1982/hl/ca)

+ + +



Alle wichtigen Kräfte einbeziehen

Die Bundesrepublik sollte ihre Erfahrungen in die Nahost-Politik einbringen

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Das Attentat eines israelischen Amokläufers am Ostersonntag und die Reaktion in der arabischen Welt beweisen es erneut: Der Nahe Osten ist immer noch ein Pulverfaß. Trotz des Friedensschlusses zwischen Ägypten und Israel ist die Region instabil. Als Ergebnis einer mehrwöchigen Reise durch Nahost habe ich folgende Thesen zur Situation und Politik in dieser Region entwickelt:

1. Der Frieden in Nahost ist derzeit stark gefährdet. Die Politik der Regierung Begin auf der besetzten Westbank und im Gazastreifen macht eine friedliche Konfliktregelung zunehmend unmöglich. Radikale jüdische Gruppen schaffen eine Atmosphäre, in der Fanatismus wächst. Der Anschlag vom Ostersonntag auf die heiligen Stätten der Araber in Ostjerusalem muß vor dem Hintergrund einer breiten Sympathisanten-szene gewertet werden.
2. Der planmäßige Rückzug Israels aus dem Sinai am 25. April ist unsicher. Noch immer haben sich 3.000 radikale jüdische Siedler auf dem Sinai verschanzt und verweigern den Rückzug. Ministerpräsident Begin steht unter wachsendem Druck aus seiner eigenen Partei, die Rückgabe des Sinai zu verzögern oder an neue Forderungen zu binden.
3. Die Gefahr eines Angriffs israelischer Truppen auf militärische Einrichtungen der Palästinenser im Libanon ist nicht gebannt. Die Armee hat zwei Panzerdivisionen an der Nordgrenze zusammengezogen. Ein Angriff würde den mühsam erreichten Waffenstillstand zerstören.
4. Es liegt im ureigenen Interesse der Bundesrepublik und der europäischen Staaten, daß der Nahostkonflikt nicht eskaliert. Er ist wegen der Präsenz der beiden Supermächte in der Region unmittelbar mit dem Ost-West-Konflikt verbunden. Jede Verschärfung in Nahost bedeutet eine Verschärfung der Ost-West-Spannung. Dies ist gegen unsere Interessen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß wir in eine kriegerischen Auseinandersetzung verwickelt werden.



5. Die Nahostpolitik der Bundesrepublik ist eingebunden in die gemeinsame Außenpolitik der EG. Sie erhält dadurch international mehr Gewicht. Die Bundesrepublik kann dabei aber insbesondere ihre Erfahrungen mit Entspannungspolitik und Verhandlungen unterhalb der Schwelle von Anerkennung einbringen.
6. Die Nahostpolitik der EG-Staaten bestand bisher im wesentlichen im Beschließen von Resolutionen, in denen Prinzipien aufgelistet wurden. Es fehlte bei den Beschlüssen ein operativer Teil. Die gleiche Schwäche weist der Friedensplan des saudiarabischen Kronprinzen Fahd auf, der in acht Punkten lediglich Prinzipien nennt.

Eine wirksame neue Initiative ist spätestens dann notwendig, wenn die Autonomieverhandlungen im Rahmen von Camp David scheitern.
7. Die Venedig-Erklärung der EG und der Fahd-Plan weisen an zwei entscheidenden Stellen Unklarheiten auf. Die Venedigerklärung spricht klar vom Existenzrecht Israels, läßt aber das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat im unverbindlichen. Der Fahd-Plan fordert eindeutig einen Palästinenserstaat, führt aber das Existenzrecht Israels nur indirekt ein. Eine neue Initiative muß mit unmißverständlichen Formulierungen zu beiden Punkten diese Schwäche überwinden.
8. Europa kann und sollte eine wichtige Rolle bei der Lösung des Nahostkonflikts spielen. Dabei muß an die Erfahrungen und Ergebnisse des Friedens von Camp David angeknüpft werden. Europa ist aber besser als die USA in der Lage, mit beiden Seiten über eine Initiative zu sprechen, die den Friedensprozeß weiterführt. Dabei müssen sämtliche wichtigen Kräfte in Nahost einbezogen werden, auch die PLO.
9. Beide Großmächte können bei der Frage internationaler Garantien nicht ausgeklammert werden. Dabei stellt sich die Frage, ob die Sowjetunion derzeit ein objektives Interesse an Entspannung in Nahost haben kann. Dagegen ist sicher, daß der Zustand verminderteter Spannungen zwischen Westeuropa und der UdSSR im beiderseitigen Interesse liegt. Die EG-Staaten sollten deshalb die Entspannung in Nahost als eines ihrer Anliegen in den Dialog mit der Sowjetunion einbringen. (-/15.4.1982/hl/ca)

+ + +



Die Vorteile des ÖPNV endlich stärker nutzen

Ein weiteres Anwachsen des Individualverkehrs ist nicht vertretbar

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) erfüllt gemeinwirtschaftliche Aufgabe von großer Wichtigkeit.

Er sichert die Mobilität unserer Bevölkerung:

- entlastet die Ballungszentren,
- verknüpft die Fläche mit den verdichteten Wirtschaftsräumen,
- ermöglicht Beweglichkeit in der Fläche.

Er ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und hat einen hohen Stellenwert. Energiesparend, umweltfreundlich, hohe Verkehrssicherheit, große Beförderungsleistung und geringer Raumbedarf. Diese Vorteile müssen zukünftig stärker genutzt werden. Ein weiteres Anwachsen des Individualverkehrs ist grundsätzlich nicht wünschbar und langfristig nicht vertretbar. Der künftige Verkehrszuwachs muß deshalb verstärkt über öffentliche Verkehrsmittel abgewickelt werden. Dies ist möglich. In den großen Ballungsräumen ist der ÖPNV in den letzten Jahren mit erheblichen Investitionen und durch verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Verkehrsträger in Verbundsystemen deutlich verbessert worden. Dort, wo er attraktiv und leistungsfähig ist, sind die Beförderungsfälle sichtbar gestiegen. Ebenfalls für den Pkw-Benutzer ist er dann eine Alternative, die angenommen wird.

Wenn auch der ÖPNV in den verdichteten Siedlungsräumen weitgehend funktioniert, so muß seine Leistungsfähigkeit außerhalb dieser Bereiche gesteigert werden. Gerade im ländlichen Raum sind die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung gewachsen:

- Im Zuge kommunaler Gebietsformen sind größere Verwaltungseinheiten entstanden,
- die schulische und berufliche Ausbildung sind häufig in Schulzentren zusammengefaßt,
- Krankenhäuser und Einkaufsmöglichkeiten sind auf wenige Standorte konzentriert,
- Wohnbereiche und Arbeitsplätze sind vielfach weit voneinander entfernt.

Der ÖPNV hat mit diesen Entwicklungen nicht Schritt gehalten. Die kommunalen und privaten Verkehrsunternehmen, die Busdienste von Bahn und Post sowie der Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bundesbahn tragen den ÖPNV in der Fläche, arbeiten aber weitgehend unkoordiniert. Der Schülerverkehr und der allgemeine Linienverkehr laufen nebeneinander. Strecken mit gutem oder ausreichendem Verkehrsaufkommen werden bevorzugt bedient, Mobilitätsbedürfnisse außerhalb dieser Bereiche werden vernachlässigt oder übersehen. Diese Organisationsstrukturen müssen geändert werden. Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen müssen ihre Kooperation weiter verbessern. Die aufgeteilten Zuständigkeiten müssen zusammengefaßt und für den Bürger greifbar gemacht werden. Der ÖPNV in der Fläche soll vor Ort funktionieren, deshalb muß er auch dort organisiert und politisch wie finanziell verantwortet werden. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sind aufgerufen, sich dieser Aufgabe verstärkt zu stellen. Nur sie können funktionsfähige und finanzierbare Systeme anhand der konkreter Bedürfnisse der Bürger und der örtlichen Gegebenheiten entwickeln, betreiben, steuern und fortschreiben. Diese Regionalisierung ist vor allem ein organisatorisches Problem. Die vorhandenen Ressourcen an Personal und Fahrzeugen müssen besser genutzt werden. Hierzu ist eine freiwillige Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen und der kommunalen Gebietskörperschaften untereinander



und miteinander unabdingbar. Das Modellvorhaben Hohenlohekreis zeigt, daß unter Ausschöpfung dieser Möglichkeiten ein für ländliche Regionen fast optimaler Bedienungsstandard erreicht werden kann. Jeder Ort mit mehr als 50 Einwohnern wird pro Tag mit mindestens acht Bus-Paaren angefahren. Auch der erzielte Kostendeckungsgrad von über 70 Prozent macht deutlich, daß Leistungsverbesserungen nicht notwendig nur mit zusätzlichen Finanzmitteln möglich sind. Gerade in der Fläche kommt es jetzt darauf an, die verschiedenen Verkehrsträger in einem integrierten Gesamtsystem intelligent zu organisieren.

Der Bund trägt heute über die Unternehmen Bahn und Post und über seine Aufgaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz die Hauptlast des ÖPNV. Er fördert ihn mit jährlich rund 6,5 Milliarden Mark, während Länder und Gemeinden rund 4,5 Milliarden Mark pro Jahr aufbringen. Die Post betreibt auf rund 50.000 Kilometern und die Deutsche Bundesbahn auf rund 90.000 Kilometern Linienlänge Omnibusverkehr. Den Schienenpersonennahverkehr wickelt die Deutsche Bundesbahn auf rund 23.000 Kilometern Streckennetz ab.

Der Bund wird seine Aufgaben im Rahmen des ÖPNV auch weiterhin zu erfüllen haben. Dies gilt für die Investitionshilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Es gilt aber auch für die Beförderungsleistungen im Rahmen des ÖPNV. Die Finanzleistungen des Bundes dienen überwiegend zur Abdeckung des Defizits im Schienenpersonennahverkehr. Über 4,3 Milliarden Mark werden jährlich gezahlt, um den Schienenpersonennahverkehr vor allem in der Fläche aufrechtzuerhalten. Der Kostendeckungsgrad liegt unter 25 Prozent. Hier muß die Deutsche Bundesbahn alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Es können keine Geleitzüge finanziert werden. Auch muß der Schienenpersonennahverkehr auf Busdienste umgestellt werden, wenn hierdurch die Wirtschaftlichkeit deutlich verbessert wird. Der Schienentransport-Kilometer ist gegenüber dem Busdienst-Kilometer fünffach bis zehnfach teurer. Beförderungsleistungen im Rahmen des ÖPNV müssen möglichst attraktiv erbracht werden. Da die Kostengesichtspunkte nicht übersehen werden können, kommt hierfür nicht nur die Schiene in Betracht. Der Bus muß als Alternative einbezogen werden.

Die Deutsche Bundesbahn kann sich aber in dem Bemühen, ihren Schienenpersonennahverkehr wirtschaftlich zu gestalten, nicht darauf beschränken, ihn möglichst weitgehend auf Busdienste umzustellen. Sie muß nachdrücklich und aktiv vor allem die Zusammenarbeit suchen mit den auf regionaler Ebene für den ÖPNV zuständigen Entscheidungsträgern. Wenn diese ein Gesamtkonzept anbieten und finanziell verantworten, so kann die Deutsche Bundesbahn keine isolierten Lösungen suchen. Auch muß sie für die Entwicklung eines solchen Gesamtkonzepts entscheidende Impulse initiieren sowie planerische und organisatorische Anstöße und Hilfen leisten.

(-/15.4.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATIONAufruf zum 1. Mai 1982

Die Sozialdemokratische Partei ruft zum 1. Mai 1982 alle Arbeitnehmer zu politischer und gewerkschaftlicher Geschlossenheit auf. Die Erfahrung, daß politische Stärke aus Solidarität erwächst, gilt gerade in unseren Tagen.

Sozialdemokraten wenden sich mit aller Kraft gegen die weltwirtschaftlichen Gefahren, die damit verbundenen Angriffe auf die soziale Sicherung und insbesondere gegen die Gefährdungen des Friedens.

Die alles überragende innenpolitische Anforderung der 80er Jahre heißt: Arbeit sichern, Arbeitslosigkeit abbauen. Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise einzudämmen. Das heißt, die Hoffnungen und das Vertrauen der arbeitenden Menschen gegenüber der Zukunft zu stärken. Diese Politik müssen wir gegen konservativen Druck und Widerstand durchsetzen. Wir wenden uns an alle Arbeitnehmer, die SPD und die Gewerkschaften zu unterstützen. Gemeinsam sind wir stark.

Wir wollen

- o der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik konkrete Beschäftigungsziele setzen,
- o die technologischen Veränderungen mit unserem Auftrag zur Humanisierung des Arbeitslebens verbinden,
- o mit Arbeitszeitverkürzung und flexiblen Regelungen der Lebensarbeitszeit persönliche Freiheit ermöglichen und die Beschäftigungslage stabilisieren,
- o durch wirksamen Arbeitsschutz unzumutbare und gefährdende Arbeitsbelastungen abbauen.

Mit Nachdruck wenden wir uns an die Öffentliche Hand und die private Wirtschaft, ihre Verantwortung für die junge Generation wahrzunehmen und die erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es bleibt dabei: Leistungen für die Ausbildung junger Menschen gehören zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Entschieden wenden wir uns gegen konservative Versuche, ohnehin benachteiligte Kinder aus Arbeitnehmerfamilien in der Bildung und Ausbildung um weitere Chancen und um ihre Gleichberechtigung zu bringen.

Gerade in einer Zeit tiefgreifender technologischer und struktureller Veränderungen gilt: Humane Arbeitsverhältnisse sind ohne ein soziales Gleichgewicht von Arbeit und Kapital nicht zu erreichen. Die Arbeitnehmer müssen bei der Gestaltung und Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen stärker beteiligt werden. Deshalb bleibt unser Ziel die dauerhafte Sicherung der Montan-Mitbestimmung, die Verwirklichung der gleichberechtigten Mitbestimmung in allen Großunternehmen und die Weiterentwicklung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung.

Vollbeschäftigung, humane Arbeits- und Lebensbedingungen und soziale Sicherheit geraten in Gefahr, wenn der Frieden nicht sicher wäre. Dies ist eine geschichtliche Grundüberzeugung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Sie bleibt Kompaß unseres Handelns. Sich nicht beirren zu lassen, zur Entspannung, zur Abrüstung und zum äußeren Ausgleich fähig zu sein und beizutragen, bleibt unser großes politisches Ziel.

Die konservative Gegenbewegung überall in der Welt, die Versuche, die Politik nach rechts zu verbiegen, verstärkt die Gefahren der Arbeitslosigkeit, verschärft internationale Spannungen und untergräbt die soziale Sicherung der arbeitenden Bevölkerung. Gegen diesen Rückfall wenden wir uns.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir uns alle - Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Sozialdemokraten - unseres historischen Auftrags und unserer aktuellen Verpflichtung bewußt werden. Er bleibt für uns der Tag der Verbundenheit zwischen Arbeitnehmerschaft und sozialer Demokratie.

(-/15.4.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

